P1-Beschluss Selbstbestimmte Arbeit

Gremium: Mitgliederversammlung
Beschlussdatum: 04.11.2018
Tagesordnungspunkt: TOP 2 Inhaltlicher Schwerpunkt

11 Die Digitalisierung und Automatisierung hat bereits Einfluss auf die Arbeitswelt
12 genommen. Ein Prozess der sich in Zukunft nur fortsetzen wird. Neue Technologien
13 verändern die Art und Weise wie wir arbeiten. Die Politik muss nach Jahren des
14 Stillstandes endlich auf diese Veränderung reagieren. es gilt Chancen und
15 Risiken dieser Entwicklung aufzuzeigen und politisch zu gestalten. Damit
16 Kapitalistische Zwänge und mangelndes Wissen sowie Innovationsfurcht Unternehmen
17 nicht dazu bringen, neue Technologien gar nicht oder zum Nachteil von
18 Arbeitnehmer*innen zu entwickeln und zu verwenden. Denn für uns ist die
19 neoliberale Haltung "Digitalisierung first, bedenken second" kein nachhaltiges
20 Leitbild in der Wirtschafts-, Sozial- und Arbeitspolitik..

21 Wir wollen, dass die Digitalisierung allen zu Gute kommt. Notwendig dafür ist
22 ein kritisches Bewusstsein für die Digitalisierung. Allerdings ist
23 Technologiefeindlichkeit auch kein Weg in der Modernisierung unserer
24 Gesellschaft.

25 Neue Arbeitskultur Flexibilisierung bis in die Nacht

26 Mit der Digitalisierung wird oft auch eine neue Arbeitskultur der
27 Flexibilisierung verbunden. Einige Unternehmen leben bereits eine freundlichere
28 Arbeitswelt, freundlicher Umgang, das Du, ein Teamgefühl und Spaß am Kicker eine
29 wichtige Rolle spielen. Damit soll die persönliche Bindung am Unternehmen sowie
30 die Zufriedenheit gesteigert werden. Mit dieser Flexibilisierung gehen jedoch
31 für Arbeitnehmer*innen oft unbewusst eine stärkere Vermischung von Arbeit und
32 Freizeit einher. Im Gegenzug wird ständige Rufbereitschaft erwartet. Flexible
33 Arbeitszeiten und Arbeitsplätze bedeuten, dass auch mal Nachts von zu Hause aus
34 gearbeitet werden muss.

35 Die Antwort auf diesen Trend kann nur die Stärkung der Arbeitnehmer*innenrechte
36 sein. Es braucht eine strikte und klare Trennung von Arbeit und Freizeit. Damit
37 Arbeit für das Leben da ist und nicht andersrum, ist die Einführung diverser
38 Regeln notwendig - unabhängig der Unternehmensgröße.
39
40

41 **Tod dem Normalarbeitsverhältnis! Es lebe das neue Normalarbeitsverhältnis!**
42 Die Grüne Jugend NRW ist ein feministischer Verband. Daher können wir nicht die
43 patriarchale Struktur des jetzigen Normalarbeitsverhältnis akzeptieren. Die 40
44 Stunden Woche beruht auf der Idee das jede Familie aus einer Erwerbsperson und
45 einer Careperson besteht. Dabei sind die Rollenaufteilung und ihre Folgen zu
46 häufig zu Lasten von Frauen* verteilt. Wir fordern daher Arbeit die zum Leben
passt, familienfreundlich, flexibel und mit reduzierten Wochenstunden.

47 **Überwachung, Optimierung, Effizienzsteigerung - und von vorn!**

48 Überwachung ist nicht mehr allein ein staatliches Instrument zu Kontrolle von
49 Bürger*innen. Arbeitsgeber*innen haben Überwachungsinstrumente für sich
50 entdeckt, um ihre Arbeitnehmer*innen besser zu kontrollieren und zu optimieren.

51 Die Überwachung von Arbeitsabläufen ist zu einem wichtigen Instrument der
52 Prozessoptimierung geworden. Durch die genaue Messung von Arbeitsschritten
53 können Prozesse analysiert und verbessert werden. Entsprechende Messinstrumente
54 können aber auch dafür genutzt werden, Arbeitnehmer*innen auf die Einhaltung von
55 Prozessen zu prüfen und ihre Effizienz zu kontrollieren. Die Folge sind enormer
56 Leistungsdruck, sowie die Beurteilung von Arbeitnehmer*innen anhand ihrer
57 Effizienz, einhergehend mit der Benachteiligung von weniger effizient
58 arbeitenden Arbeiter*innen.

59 Mit dem zunehmenden Leistungsdruck erhöht sich auch der Stress für die
60 Betroffenen. Der steigende Druck entsteht also durch stetige Überwachung und
61 Optimierung und führt zu einem dauerhaft erhöhten Stresslevel, das
62 Gesundheitsschäden wie zum Beispiel Burnout nach sich zieht.

63 Eine solche Überwachung ist bereits rechtlich verboten, -da sie die Rechte von
64 Arbeitnehmer*innen erheblich einschränken. Die Implementierung von technischen
65 Einrichtungen die dazu bestimmt oder in der Lage sind Leistung und Verhalten zu
66 überwachen fallen unter das Mitbestimmungsrecht von Betriebsräten. Allerdings
67 halten sich viele Unternehmen nicht an diese Gesetze und nutzen im Prozessablauf
68 erhobene Daten zur Überwachung der Mitarbeiter*innen. Dieses Verhalten muss
69 stärker Sanktioniert werden, mit hohen Bußstrafen für das Unternehmen und
70 Gefängnisstrafen für das verantwortliche Management. Außerdem braucht es eine
71 Stärkung der Betriebsräte, damit diese einen Arbeitsprozesse mitgestalten und
72 somit einen Einfluss auf die Arbeitsbelastung, sowie den Leistungsdruck nehmen
73 können. Zusätzlich fordert die Grüne Jugend NRW das in Unternehmen in der es
74 keinen Betriebsrat gibt, jeder*jede Mitarbeiterin selber bei der Implementierung
75 von technischen Einrichtung bei dennen Daten erhoben werden zustimmen muss. Dies
76 soll Unternehmen dazu zwingen mit Betriebsräten zusammen zu arbeiten.

77
78 Gesellschaftspolitisch braucht es eine Öffentliche Debatte die
79 Arbeitnehmer*innen auf ihre Rechte aufmerksam macht und Betriebsräte für das

80 Thema sensibilisiert.

81 **Arbeitszeit reduzieren, nicht Arbeitsplätze!**

82 Berufe sterben aus. In einer sich wandelnden Welt wandeln sich auch die Berufe
83 die wir erlernen und ausführen. So gibt es heute keine Telefonisten*innen oder
84 Schriftsetzer*innen mehr. Laut einer viel zitierten Studie der Universität von
85 Oxford werden 47 Prozent aller Erwerbstätigkeiten in den nächsten 20 Jahren
86 verschwinden. Eine Nachricht die Panik verbreitet. Doch progressiv denkende
87 Menschen sollten diese Nachricht differenziert sehen, denn es gibt auch positive
88 Effekte, wenn sich Menschen nicht mehr mit Aufgaben befassen müssen, die auf
89 einfache Weise zu digitalisieren sind. Erkenntnisse aus der
90 Motivationspsychologie und Hirnforschung belegen: Menschen entfalten erst dann
91 ihr Potenzial wenn sie wirklich motiviert sind und eine intellektuelle
92 Herausforderung haben, etwas erschaffen, den Sinn erleben und selbstgesteuert
93 handeln können. Viele der Tätigkeiten, die zukünftig digitalisiert erledigt
94 werden, entsprechen diesen Kriterien nicht. Insofern können durch die
95 Automatisierung Freiräume entstehen, die zum Beispiel für einen verbesserten
96 Kundenservice und kreative Tätigkeiten genutzt werden können. Zudem können wir
97 bereits die Entstehung von neuen Berufen beobachten. Die Politik muss auf diese
98 Entwicklung reagieren indem sie Bildungskonzepte überdenkt, Kinder müssen heute
99 auf Jobs vorbereitet werden die es noch nicht gibt. Schule muss mehr kreative
100 und soziale Intelligenz fördern. In den Lernplänen der Zukunft darf es nicht mehr
101 darum gehen das Menschen für ein bestimmtes Jobprofile ausgebildet werden,
102 sondern dass Räume geschaffen werden wo auch andere Talente und Fähigkeiten
103 sichtbar werden können. Auch muss der Sozialstaat Lebenslangeslernen
104 ermöglichen. Dies bedeutet nicht nur Familien und Jobfreundliche
105 Bildungsangebote ausbauen, sondern auch eine Einführung für lebenslanges Bafög
106 und die Finanzierung von nicht betrieblichen Ausbildungen durch den Staat.
107 Wir wollen die Digitalisierung als eine Chance der Entlastung
108 begreifen. Automatisierung muss bedeuten, Mitarbeiter*innen mehr Freiräume zu
109 geben und nicht, sie zu entlassen. Viel zu oft wird die Digitalisierung für
110 Rationalisierungsmaßnahmen und somit für Stellenabbau missbraucht. Auf diesem
111 Wege verlieren nicht nur viele Arbeitnehmer*innen ihren Job - den Versicherungen
112 gehen dabei auch die Sozialabgaben verloren. Ein solcher Missbrauch der
113 Digitalisierung führt also nicht nur zu einer höheren Arbeitslosigkeit - sie
114 gefährdet sogar das Sozialsystem.

115 Arbeitsplatzabbau ist jedoch die falsche Antwort auf die fortschreitende
116 Modernisierung unserer Arbeit. Neue, digitale Werkzeuge dürfen nicht zum
117 Handlanger der Gewinnmaximierung und zweifelhaften Wachstums werden. Viel mehr
118 sollte die Digitalisierung der Reduktion von Arbeit und somit der Arbeitszeit
119 dienen. Sie ist eine Chance für Arbeitnehmer*innen bei gleichen Gehalt weniger
120 zu arbeiten und mehr vom Leben zu haben. Neben der Arbeitszeitreduktion ist aber
121 auch die Anhebung des Mindesturlaubes notwendig. Neben der Arbeitszeitreduktion
122 sind aber auch die Anhebung des Mindesturlaubes und die Möglichkeit regelmäßiger

123 Sabbaticals notwendig.

124 Statt Rationalisierung fordern wir also eine Arbeitszeitreduktion. Die neue
125 Vollzeit-Perspektive muss die 28-Stunden-Woche für alle Arbeitnehmer*innen bei
126 gleichbleibendem Gehalt werden! Darüberhinaus fordern wir eine Flexibilisierung
127 der Arbeitszeit, in der Arbeitnehmer*innen ihre Arbeitszeit mit
128 Rückkehrperspektive an ihre Lebensrealität anpassen können.
129 Außerdem braucht es einen stärkeren Kündigungsschutz. Deshalb müssen die Hürden
130 für eine betriebsbedingte Kündigung, beispielsweise bei Transfergesellschaften,
131 erhöht werden. Betriebsbedingte Kündigungen dürfen kein strategisches Instrument
132 für unverhältnismäßige Gewinnmaximierung sein.

133 **Befristung und Scheinselbstständigkeit bekämpfen**

134 Mit der Digitalisierung haben sich auch die Arbeitsverhältnisse verändert. Immer
135 mehr Arbeitsverträge werden befristet. Zeitarbeitsfirmen haben an Bedeutung
136 zugenommen. Noch besorgniserregender ist der Trend der Scheinselbstständigkeit.

137 Mit der wachsenden Bedeutung des Onlinehandels wuchs auch die Bedeutung und
138 damit auch der Druck auf die Logistikbranche. So werden viele Ausliefer*innen
139 nicht mehr als Mitarbeiter*innen eingestellt, sondern als Unternehmer*innen
140 beauftragt.

141 Auf diese Weise werden viele Arbeitnehmer*innen in die Scheinselbstständigkeit
142 getrieben. Dabei wird mit der Scheinselbstständigkeit nicht nur der Mindestlohn
143 und Tarifverträge umgangen - auch in die Sozialversicherungen wird nicht mehr
144 eingezahlt. Ausbleibende Renteneinzahlungen erhöhen für die Selbstständigen das
145 Risiko der Altersarmut. Oft werden Scheinselbstständige am Ende des Jahres mit
146 hohen Steuerzahlungen konfrontiert, da in diesem Beschäftigungsverhältnis keine
147 Lohnsteuervorauszahlung stattfindet. All diese Aspekte macht es für die
148 Betroffenen schwierig zu erkennen, wie viel Netto wirklich vom Brutto
149 übrigbleibt.

150 Diese Form der Scheinselbstständigkeit muss daher stärker von den Finanz-
151 Arbeits- und Sozialämtern verfolgt werden. Bei ersten Anhaltspunkten sind
152 Scheinselbstständigkeiten zu unterbinden und entsprechende Unternehmen zu
153 sanktionieren. Außerdem braucht es für Beschäftigte in Scheinselbstständigkeit
154 Mitspracherechte und eine Vertretung durch Gewerkschaften, damit diese ihre
155 Rechte als Arbeitnehmer*innen wahrnehmen können.

156 Außerdem müssen Arbeitsverträge entfristet werden. Die Praxis der Zeitarbeit und
157 begrenzten Beschäftigung muss enden. Für eine echte existenzielle Perspektive
158 braucht es Langfristigkeit. Nur so kann die Zukunft von Arbeitnehmer*innen
159 gesichert bleiben.

160 **Mehr Digitalisierung = Mehr Mitbestimmung und mehr Rechte!**

161 Die Digitalisierung ist aber auch eine Chance für neue Mitbestimmungsformen
162 innerhalb von Unternehmen. Schon jetzt benutzen viele Unternehmen digitale
163 Partizipationsformen, um die Mitarbeiter*innen in ihren Entscheidungsprozessen
164 mit einzubinden. Allerdings handelt es sich hierbei nicht selten um
165 Scheinpartizipation. Deshalb wollen wir, dass darauf geachtet wird, dass die
166 digitale Partizipation von Mitarbeiter*innen auch wirklich Einfluss auf den
167 Betrieb und ihre Arbeitsweise nimmt. Dies sind wichtige Schritte in Richtung der
168 Demokratisierung der Wirtschaft.

169 In Zeiten wie diesen kommen Betriebsräte und Gewerkschaften eine neue Bedeutung
170 zu. Betriebsräte und Gewerkschaften müssen mehr Einfluss auf die Gestaltung von
171 Arbeitsverhältnissen und der Arbeit an sich nehmen. Um ihre Interessen
172 durchzusetzen brauchen sie aber auch ein Streickrecht, welches auch politisch
173 begründet ist. Dieses Werkzeug ist nötig, um auf die Einhaltung der
174 Arbeitnehmer*innenrechte zu pochen.

175 Als GRÜNE JUGEND begreifen wir die Digitalisierung als eine Chance für weniger
176 Arbeit, mehr Freizeit, mehr Mitbestimmungsrechte und eine demokratischere
177 Wirtschaft. Dazu ist es aber notwendig, die Digitalisierung in Bahnen zu lenken,
178 die nicht allein dem Kapitalismus zu Gute kommt, sondern auch dem Menschen
179 nützt. Um dieses Ziel zu erreichen ist ein stärkerer Einfluss des Staates
180 notwendig.

181 Wir wollen diesen Einfluss nehmen, damit die Digitalisierung den Menschen nützt
182 - und nicht den Gewinnen der Unternehmen.